

Italien in der Krise Ein Kabinett von Fremdenfeinden und Europaskeptikern wird es in Rom erst einmal doch nicht geben. Präsident Sergio Mattarella hat einen international angesehenen Finanzexperten mit der Bildung einer Regierung beauftragt. Allerdings spricht vieles für Neuwahlen noch in diesem Jahr. Und die Aussichten sind alles andere als verlockend



Ernst wie nie: Italiens Präsident Sergio Mattarella (vorn) hat der Bildung einer Koalition von Lega und Fünf-Sterne-Bewegung wegen eines EU-kritischen Ministerkandidaten nicht zugestimmt.

FOTO: PINTO/AFB

Schach dem König

Der Führer der Lega hat alle ausgespielt: erst die Verbündeten auf der Rechten, dann seinen möglichen Koalitionspartner, zum Schluss sogar den Präsidenten der Republik. Nun hofft Matteo Salvini auf den ganz großen Gewinn

VON OLIVER MEILER

So ernst hat man ihn noch nie gesehen. Kein Lächeln umspielte seinen Mund, nicht einmal das obligate Zerknirschenslächeln, von dem die Italiener bisher dachten, es sei in sein Gesicht gestanzt. Sergio Mattarella wirkte fahl und bedrückt, als er am Sonntagabend dem Volk erklärte, warum alles für nichts war, dieses ganze Geschacher um eine sogenannte „Regierung des Wandels“, drei Monate verschwendete Zeit im Leben der Republik. Er müsse die Italiener und ihre Ersparnisse vor den Plänen der Populisten und vor den Märkten schützen, sagte der Staatschef. Einige Minuten, dann ging er wieder, grüßlos, obschon es ein geschichtsträchtiger Auftritt war.

„Re Sergio“, nennt ihn nun die Zeitung *Il Fatto Quotidiano*, die den Cinque Stelle nahesteht. König Sergio. Das ist nicht nett gemeint, es ist eine Anklage. Das Blatt wirft dem Präsidenten vor, er habe seine Kompetenzen überzogen. Nicht wie ein Beschützer, sondern wie ein Herrscher. Wie früher Giorgio Napolitano, sein Vorgänger. Den nannten die Gegner „Re Giorgio“. Die Fünf Sterne fordern nun Mattarellas „Impeachment“, ein Verfahren also für dessen Amtsenthebung. Der Begriff ist dermaßen ungebräuchlich in Italien, dass die Medien ihr Publikum mit didaktischer Sorgfalt über dessen Sinn unterrichten. Nötig ist das

wahrscheinlich nicht. Der Ruf nach einem „Impeachment“ wird wohl bald verhallen. In der Zwischenzeit soll die Entrüstung der einen und anderen ihre wahren Niederlagen und Triumphe übertönen. Es ist nämlich so, dass die Darstellung der verhängten Regierungskoalition aus Cinque Stelle und Lega eine sehr subjektive Sache ist. So viel lässt sich sagen: Es gibt einen Sieger und eine ganze Menge Verlierer in dieser Partie.

Die Umfragen zeigten Salvini, dass seine Strategie aufgeht

Der Sieger heißt: Matteo Salvini, 45, Chef der rechtsnationalen Lega. Salvini schaffte es, sich ins Zentrum der italienischen Politik zu drängen, obschon seine Partei bei den Parlamentswahlen am 4. März nur 17 Prozent der Stimmen gewonnen hatte. Es gelang ihm eine politisch brillante Operation und, wenn nicht alles täuscht, eine ziemlich zynische obendrein. Aber das ist nun mal Politik. Man muss einen Moment zurückdrehen, um das Manöver einigermaßen zu hinterfragen. Die Lega war bis zu den Wahlen Juniorpartner von Silvio Berlusconi Forza Italia gewesen. Berlusconi belächelte Salvini, er hielt die Radikalisierung und Nationalisierung der alten, einst originell verschrobenen Lega Nord für einen strategischen Fehler – und täuschte sich.

Salvini überholte Berlusconi und war plötzlich Chef der ganzen Rechten. Er spielt seither auf zwei Bühnen gleichzeitig: Er bricht nie ganz mit seinen rechten Bündnispartnern und turtelt parallel mit den Cinque Stelle. Das macht ihn stark, stärker jedenfalls als seine 17 Prozent. Das braucht aber auch unerhört viel Energie, Präsenz alenthalben und das Hirn eines Schachmeisters, der, wie man es von Schachturnieren kennt, von einem Brett zum andern geht.

Luigi Di Maio, der „Capo politico“ der Fünf Sterne, hielt Salvinis Absichten wohl für echt. Und da er seine Partei unbedingt an die Macht führen wollte, ging er einen Haufen Kompromisse ein. Er verzichtete auf den Posten des Premierministers, den er sich mit 33 Prozent Stimmenanteil eigentlich verdient gehabt hätte. Er beugte sich Salvini auch in vielen Programmpunkten, die zumindest seinen linken Wählern nicht passten: die überharte Immigrationspolitik der Lega zum Beispiel oder die ultraliberale Flat Tax.

Di Maio sagte sich aber, dass dies für ihn persönlich die einzige und letzte Chance sein würde, um an die Macht zu kommen. Hält die Partei an ihrem Grundsatz fest, dass nach zwei Parlamentsmandaten Schluss ist, dann ist für den erst 31 Jahre alten „Gigginò“ aus Pomigliano d' Arco bei Neapel schon bald das Ende erreicht. Viel-

leicht kommt das nun noch eher. Di Maio steht als Amateur da, ausgespielt von Salvini. Im Hintergrund wartet schon Alessandro Di Battista, Star der Partei und Rivale Di Maios. „Dibba“, wie sie ihn nennen, wollte eigentlich mit seiner Familie für ein Jahr nach Amerika reisen. Nun aber steht die Zukunft der Sterne auf dem Spiel.

Mittlerweile sind in Italien viele überzeugt, dass Salvini die Regierung mit Di Maio nie gewollt hat. Trotz wochenlanger Arbeit an einem „Regierungsvertrag“ ohne bindende Kraft, trotz geopolitischer Affinitäten. Alle paar Tage kamen neue Meinungsumfragen rein, die Salvini zeigten, dass seine Dauerpräsenz auf allen Kanälen funktionierte und seine Beliebtheit wuchs.

Die Sozialdemokraten sind unterdessen mit der eigenen Demontage beschäftigt

Neuwahlen, sagten diese Erhebungen, würden ihn nur noch viel stärker machen. Die Geschichte mit dem unbehaglichen, Eurofeindlichen Wirtschaftsprofessor Paolo Savona war der finale Schachzug, um Wahlen herbeizuführen. Er forderte damit den König, „Re Sergio“, frontal heraus. Nichts konnte ihn davon abbringen, auch die beste Gegenofferte nicht.

Mattarella schlug Salvini vor, er möge statt Savona seinen engsten Mitarbeiter,

Giancarlo Giorgetti, zum Wirtschafts- und Finanzminister machen. Einen Mann der Lega also, der an der renommierten Mailänder Wirtschaftsuniversität Bocconi studiert hatte und zehn Jahre lang Präsident der parlamentarischen Finanzkommission war. Giorgetti ist beliebt und geschätzt. Auch Di Maio war einverstanden. Doch Salvini wies das Angebot zurück – einmal, zweimal, bis zuletzt. Das ganze angeblich so schöne Regierungsprogramm mit den Cinque Stelle: Er hat es kurzerhand geopfert, wegen eines Namens. Und für die Aussicht auf ein neues Spiel, bald schon.

Natürlich behauptet Salvini nun, Mattarella habe die Demokratie behindert, der lasse sich doch vom Ausland steuern, von den Deutschen und von Brüssel, von den Finanzmärkten und den Banken. Es ist Wahlkampfgeheul. Und wenn der Eindruck nicht trügt, dann bringt ihm dieses Geheul sehr viele Stimmen ein. Salvini schwingt sich hoch zum Anführer der Systemkritiker, zum Chefpopulisten: ein Maß Kritik an der Europäischen Union, eine Menge unhaltbarer Versprechen, eine Dosis Rassismus. Zunächst überholte er damit Berlusconi, nun Di Maio. Und die einzige Opposition, die es noch gäbe, der sozialdemokratische Partito Democratico, ist unterdessen mit der eigenen Demontage beschäftigt.

Verlierer, rund herum, und keine Hoffnung auf Licht. Vielleicht machte Mattarella deshalb ein so finstres Gesicht.

Der Mann mit der Schere

Carlo Cottarelli soll Premier werden. Viele Italiener schätzen ihn

Pragmatismus ist keine besonders weit verbreitete Tugend in Italiens Politik. Carlo Cottarelli, ein Rechner und Zähler, hat das so seine Erfahrungen gemacht – ernüchternde, surreale auch. Nun, mit 64 Jahren, soll der Finanzexperte aus Cremona bei Mailand das Land durch eine schwere politische Krise mit durchaus byzantinischen Konturen führen. Sergio Mattarella hat ihm die Regierungsbildung anvertraut.

Cottarelli verdiente sich in Italien mehrere Spitznamen. Manche nennen ihn „L' americano“, weil er nach seinen Berufsanfängen bei der italienischen Zentralbank nach Washington zog und dort beim Internationalen Währungsfonds Karriere machte. 25 Jahre insgesamt, mit Unterbrechungen. Cottarelli schaffte es bis zum Direktor des Departements für Steuerangelegenheiten, eines der wichtigsten. Bekannt wurde er aber erst 2013, als ihn der damalige Premier Enrico Letta nach Rom holte, um ihm den Posten eines Sonderkommissars für die „Spending Review“ anzuvertrauen – ein Wort, das die Italiener schnell verstehen sollten: Cottarelli war da, um die Ausgaben des Staatsapparats zu stutzen.

Aus dieser Zeit stammt der Spitzname „Mister Schere“. Er legte seine Lupe auf Ämter ohne Nutzen, auf erschlichene Renten, auf Verschwendung jeder Art. Und er kam gut an im Volk, weil er zu Fuß zur Arbeit erschien. Ein Symbol nur, aber ganz wirksam in Zeiten wachsender Ablehnung gegen die Eliten und deren Privilegien. Cottarelli verfolgte den ambitionierten Plan, mit seinen Kostenschnitten dem Land einen Sparbetrag von 34 Milliarden Euro zu beschaffen. Am Ende schaffte er jedoch nur acht Milliarden. „Mein Kummer“, sagte er einmal, „waren die vielen Widerstände in der Bürokratie. Je weiter ich in die Mäander der Ministerien vordrang, desto größer wurden die Widerstände.“

Dann wurde Matteo Renzi Regierungschef. Die beiden mögen einander nicht, das war nie ein Geheimnis. „Fehlende Chemie“, sagt Cottarelli. Seinen Job verlor er wegen einer vermeintlichen Bagatelle: Er schlug vor, die Beleuchtung einiger Autobahnstrecken abzuschalten – tagsüber, wohlgerneht. Sparpotenzial: 400 Millionen Euro im Jahr. Renzi reagierte mit einer Spitze: „Cottarelli will uns im Dunkeln stehen lassen.“ Kurz darauf war der Norditaliener wieder beim IWF in Washington. Weggelobt von Renzi.



Genannt: der Amerikaner – Carlo Cottarelli hat beim Internationalen Währungsfonds in Washington Karriere gemacht. Jetzt soll er in Rom eine neue Regierung bilden.

FOTO: GENTILE/REUTERS

Vor einem Jahr kehrte er in die Heimat zurück und gründete das „Observatorium für die Staatsfinanzen“. Da er Komplexes einfach vermittelt, war er seither oft und gern Gast im Fernsehen. Daneben schrieb er Kolumnen für die Zeitung *La Stampa*, in denen er den Parteien die Kosten ihrer Wahlversprechen vorrechnete. Im Regierungsprogramm von Lega und Cinque Stelle hatte er ungedeckte Mehrausgaben von bis zu 125 Milliarden Euro ausgemacht ein Irrsinn. Ein Austritt Italiens aus dem Euro? „Das wäre eine Trauma“, sagte er einmal. „Die Inflation würde in die Höhe schießen, unsere Löhne würden leiden, wir wären bald alle ärmer.“ Das hörte sich natürlich dramatisch an, gerade aus dem Mund eines Pragmatikers. OLIVER MEILER

AUSSENANSICHT

Trumps Handelskrieg ist klimablind

Je extremer das Wetter in China wird, desto mehr schadet das auch der US-Wirtschaft. Von Anders Levermann

Wenn in China Flüsse über die Ufer treten, schwappen die Schäden bis in die USA. Das bringt die Globalisierung mit sich: Die ökonomischen Folgen von örtlichen Wetterextremen breiten sich über die weltumspannenden Handelsbeziehungen aus. Ausgerechnet Amerika treffen diese indirekten Schäden besonders stark, wie neue Berechnungen zeigen. Und der Handelskrieg von US-Präsident Donald Trump gegen China macht die Folgen des globalen Klimawandels für die USA voraussichtlich nur noch schlimmer.

Trump glaubt nicht an den Klimawandel, aber der findet trotzdem statt – und das hat nicht nur Folgen für die viel verspoteten Eisbären und Korallen, sondern für die Weltwirtschaft und letztlich für unseren Geldbeutel. Und da wird es ernst.

Die Treibhausgase aus dem Verfeuern fossiler Brennstoffe erhöhen die Temperatur unseres Planeten. Das ist fundamentale Physik. Ebenso dies: Eine wärmere Atmosphäre führt zu mehr Verdunstung, zu mehr Feuchtigkeit in der Luft, und damit zu mehr Regen. Etwas weniger einfach zu verstehen, aber ebenso sicher ist, dass es nicht überall etwas mehr Plätscherregen gibt, sondern öfter Starkregen niedergeht, der verheerende Überschwemmungen auslöst. Die wissenschaftliche Grundlage hierfür ist das nach seinen Entdeckern benannte Clausius-Clapeyron-Gesetz von 1843; die Physik galt schon damals, und sie wird auch lange nach Trump noch gelten.

Trump kann viele Gesetze ändern, die Naturgesetze aber nicht.

Extremwetter verteilt sich ungleich. In den kommenden 20 Jahren – für diesen Zeitraum ist die Entwicklung durch das von uns Menschen bereits heute in die Atmosphäre geblasene CO₂ schon festgelegt, die Zukunft danach können wir noch verändern – werden Fluten in Chinas Flüssen stark zunehmen. Das hat etwas mit den lokalen Wasserkreisläufen zu tun, entscheidend für die Weltwirtschaft ist aber: Unternehmen müssen ihre Produktion unterbrechen, wenn ihre Maschinen unter Wasser stehen. Das ist im internationalen Wettbewerbs aber kein Grund zur Schadenfreude. Denn die ökonomischen Schäden bleiben nicht in China.

China ist der größte Exporteur von Gütern in die USA und nach Europa. Es geht keineswegs nur um T-Shirts und Handys für die Konsumenten, sondern auch um Vorprodukte oder Teile für die Industrieunternehmen im Westen. Wir sind abhängig von Asien, und Asien von uns. Als 2011 Thailand nach heftigen Regenfällen unter Über-

schwemmungen litt, gab es als direkte Folge davon etwas später in Europa und auch in den USA so gut wie keine Festplatten für Computer mehr zu kaufen. Dies ist ein Beispiel für das kleine Thailand. Bei der Wirtschaftsmacht Chinas wären die Folgen ungleich größer.

Statt die Importe aus Fernost drücken zu wollen, müssten die USA ihre Exporte vergrößern

Seit Jahrzehnten funktioniert die globale Produktion nach dem „Just-In-Time“-Prinzip. Lager sind bei den Lieferketten-Managern verpönt, in ihnen liegt totes Kapital. Doch wenn die Industrie Extremwetterereignisse nicht in ihre Strategie einplant, dann wird sie davon überrascht. Diese Überraschung ist das Problem. Mit steigenden Temperaturen müssen die Ersparnisse einer solchen Strategie mit dem Risiko von Produktionsausfällen durch wetterbedingte Unterbrechung der Lieferketten gegengerechnet werden. Natür-

lich kann man sich dagegen versichern, aber die Versicherungen sind sich des Klimawandels besser bewusst als viele andere Unternehmen. Sie passen ihre Preise an.

Teuer wird es also auf jeden Fall, ob durch einen Flutschaden oder lieferbedingten Produktionsausfall oder wegen steigender Versicherungspreise oder durch höhere Preise auf dem Weltmarkt, wenn das Angebot im Verhältnis zur Nachfrage knapper wird. Das alles gab es in der Vergangenheit zwar auch schon, aber der Klimawandel erhöht die Risiken beträchtlich. Das wirtschaftliche Überschwemmungsrisiko steigt in China in den nächsten Jahren um mehr als 80 Prozent. Das kostet auf Dauer Milliarden. Und immer mehr, je länger wir einfach nur abwarten.

Das Problem der USA ist ihre krass unausgewogene Handelsbilanz mit China. Ohne grundlegende Änderungen in den Wirtschaftsbeziehungen werden die Vereinigten Staaten teure Klimaschäden importieren. Mit dem Handelsnetz von vor zehn Jahren würde es Europa genauso gehen, das zeigen unsere Berechnungen. Aber die EU

hat das Verhältnis von Importen und Exporten mit China weitgehend ausgeglichen. Für ein einzelnes Unternehmen in Europa mag die Zunahme von Fluten in China trotzdem ein Problem sein, wenn das Extremwetter nämlich gerade seine Zulieferer trifft. Aber in der Summe, volkswirtschaftlich, kann Europa die Schäden in der Handelskette ausgleichen, die in Stuttgart oder Lyon entstehen, wenn in China die Produktion ausfällt: In diesem Fall werden die fehlenden Güter einfach von Europa nach China exportiert. So gesehen ist ein Klimaschaden in China immer auch eine Chance für jene, die mit dem Land bereits im intensiven, aber eben beidseitigen Warenaustausch stehen.

Wenn irgendwo eine Produktionslücke entsteht, versuchen andere Akteure am Weltmarkt diese zu füllen. Das geht nicht immer schnell genug, wenn etwa Fabriken zum Füllen der Lücke nicht bloß ihre Produktion erhöhen sondern ganz neu gebaut werden müssen. Aber unsere Untersuchung zeigt, dass Länder wie Indien von der Zunahme der Flussfluten in China sogar profitieren können, wenn sie in Produktionslücken hineinstoßen.

Trump hat recht, wenn er die unausgeglichene Handelsbilanz mit China beklagt. Aber seine Strategie heißt Isolationismus – und das führt in die Irre. Statt die Importe aus Fernost drücken zu wollen, müsste er die Exporte dorthin vergrößern. Mehr Handel statt weniger kann Klimarisiken

besser verteilen. Auf sich allein gestellt, würden die Amerikaner zwar nicht mehr so stark unter den Flussfluten in China leiden; aber dafür würden Überschwemmungen durch stärkere Hurrikans in Kombination mit dem steigenden Meeresspiegel umso schwerer wiegen. Denn auch dies trifft die örtliche Wirtschaft. Handel kann helfen, die entstehenden Produktionsausfälle auszugleichen.

Was kann man tun? China muss sich anpassen, also etwa das Flussmanagement ausbauen. Die Unternehmen weltweit müssen ihre Lieferbeziehungen wetterfest machen, also viele statt wenige Zulieferer haben oder ihre Lager füllen. Entscheidend ist aber, ausgeglichene Handelsbilanzen zu erreichen. Gegen eine weitere Zunahme des Klimastresses muss die Erderwärmung klar begrenzt werden – das Verfeuern von Kohle und Öl muss aufhören. Wir brauchen Klimarealismus statt Nationalchauvinismus.



Anders Levermann, 45, ist leitender Wissenschaftler am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung und Physik-Professor an der Universität Potsdam sowie an der Columbia University, New York.

FOTO: IMAGO